



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/L44

18. Oktober 1949

Selbstbescheidung

=====

sp. Der Bundesrat, der am Donnerstag zu seiner ersten öffentlichen Arbeitssitzung zusammentreten wird, hat zwar sein äusseres Profil und seinen eigentlichen politischen Auftrag durch das Bonner Grundgesetz erhalten. Aber seine Arbeitsmethoden kann er weitgehend selbst bestimmen. Diese Möglichkeit wird in erheblichem Umfange auch seine Politik beeinflussen.

Es ist in diesen Tagen viel davon gesprochen worden, ob der Bundesrat eines sehr kompakten und unfänglichen Apparates bedürfe, oder ob es vernünftiger wäre, ihn personell nur bescheiden auszustatten. Die Meinungen gehen in diesem Punkt seltsamerweise mitten durch die Parteien hindurch, ohne daß das bedauert zu werden braucht. Zunächst wird es einmal darauf ankommen, ob sich diejenigen durchsetzen, die ein grösseres Präsidialbüro - und man spricht von 70 und mehr Personen - für erforderlich halten. Ihm würde vor allem die Ordnung und Überwachung des technischen Betriebes, aber vermutlich auch manche darüber hinausgreifenden Aufgaben mehr oder weniger politischen Charakters obliegen. 70 Personen - das scheint uns im Hinblick auf die Tatsache etwas viel, daß der ganze Bundesrat nicht mehr als 46 Mitglieder umfaßt, deren politische Wirkung noch dazu, da jedes Land geschlossen abzustimmen hat, im Grunde auf elf Stimmen zusammenschmilzt.

Eine wichtige Frage ist bei diesen Überlegungen, ob die Erarbeitung der vom Bundesrat zu treffenden Beschlüsse, sei es, daß es sich um die Zustimmung zu Gesetzesvorlagen oder um andere Entscheidungen handelt, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, vornehmlich in

den einzelnen Ländern erfolgen soll und die Einzelmeinungen danach im Bundesrat aufeinander abgestimmt werden sollen, oder ob die kon-

trollierende bzw. regulierende Tätigkeit des Bundesrates von vornherein in entsprechenden Fachausschüssen vorzubereiten wäre. Das erste erscheint deshalb sinnvoller, weil die Bundesratsmitglieder bei ihrer Stimmabgabe ohnehin an die Entscheidungen der Länderkabinette gebunden sind.

Das Grundgesetz von Bonn trägt nach der Auflage der Londoner Empfehlungen föderalistische Grundzüge. Die Gefahr, dass sie über-

betont werden, ist bei der augenblicklichen innerpolitischen Konstellation in Westdeutschland ohnehin nicht von der Hand zu weisen.

Es liegt aber ganz gewiss kein allgemeines deutsches Interesse vor, dass die Vertretung der Länder auch noch mit einem grossen Apparat

von erheblichem Eigengewicht ausgestattet wird, weil dadurch die angedeutete Gefahr einer Überbewertung der eigenen Funktion nur ver-

grössert werden könnte. Selbstbescheidung wäre hier besonders am Platze. (m/1/1810/1/he)

#### Vor Neuwahlen in Dänemark

KRK., Kopenhagen, im Oktober

Seit mehr als zwei Jahren ist in Dänemark eine sozialdemokratische Minderheitsregierung am Ruder. Ihrer Arbeit ist es zu danken,

dass das Land sich durch schwierige Phasen gearbeitet hat. Die Opposition ist aber doch kräftig genug, der sozialen Reformarbeit der Regierung Hindernisse zu bereiten. Wiederholt sind schon in den Ausschüssen des Reichstages wichtige sozialdemokratische Anträge zu Fall

gebracht oder entstellt worden.

Nun hat Ministerpräsident Hedtoft, ermuntert durch den Wahlausgang in Norwegen, öffentlich erklärt, dass er dieses Spieles müde sei.

Die Regierung hat dem Reichstag das Finanzgesetz zusammen mit einigen wichtigen Gesetzesvorschlägen vorgelegt. Die Regierung wird die Ver-

trauensfrage stellen und, falls sie das Ergebnis der Abstimmung nicht befriedigt, Neuwahlen ausschreiben. "Den Zeitpunkt der Neuwahlen bestimmen wir und nicht die Opposition, die gerne noch zuwarten möchte, bis die weniger günstigen Folgen der Devaluierung und ein Konjunkturrückgang die Stellung der Regierung schwieriger machen könnte", erklärte Ministerpräsident Hedtoft. Unter Umständen ist daher schon in Kürze mit Neuwahlen in Dänemark zu rechnen.

=====

#### Politisches Sprengkommando

sp. Das wesentliche Kennzeichen des Miniaturaufstandes einiger unzufriedener ehemaliger Sozialdemokraten in Frankfurt a.M. ist Unaufrichtigkeit. Sie sind unaufrichtig, wenn sie sagen, ihre Opposition komme aus eigenem Entschluss und eigener Erkenntnis - in Wirklichkeit geht sie auf fremden Auftrag zurück. Sie sind unaufrichtig, wenn sie bestreiten, die SPD spalten oder unterminieren zu wollen - natürlich wollen sie es, nur können sie es nicht. Sie sind unaufrichtig, wenn sie für einen "konsequenten Sozialismus" eintreten - sie selbst wissen genau, dass die eigenen Auftraggeber diese Linie, wenn sie sie überhaupt je befolgten, längst zugunsten eines extremen Staatskapitalismus aufgegeben haben.

Der Sinn der "Aktion" ist klar: Es soll der Eindruck erweckt werden, als befände sich die SPD in einer geistigen Krise. Dieser Absicht würde die Parteiführung entgegenkommen, wenn sie sich in eine grundsätzliche Diskussion einlasse, die von der Gegenseite niemals ernsthaft geführt werden würde oder dürfte, wenn die Parteiführung selbst den Eindruck fördern würde, als ob es sich bei der Auseinandersetzung zwischen ihr und jener Clique auch nur um annähernd gleichwertige Partner handele. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie ist ihre besondere Stärke - an diesem Punkt den Hebel anzusetzen, das besondere Anliegen ihrer Gegner.

Die letzten Vorgänge stehen in engem Zusammenhang mit den kommunistischen Anbiederungsversuchen an die SPD seit der grotesken kommunistischen Stimmabgabe für Dr. Schumacher bei seiner Präsidentschaftskandidatur. Offenbar hat man die Absicht, eine Neuaufgabe der Situation von 1945/1946 zu schaffen und den Begriff der sozialistischen Einheitsfront in Westdeutschland zu beleben. Mittel und Personen, die die östlichen Drahtzieher für dieses Manöver anwenden, sind gänzlich untauglich. Die Arbeit von politischen Sprengkommandos nach Frankfurter Muster hat keine Erfolgsaussichten.

-----

Neue Phase der Berlin - Politik

sp. Mit dem Besuch des Berliner Oberbürgermeisters Prof. Reuter in Bonn treten die Verhandlungen über Berlin in ein neues Stadium. Die Konferenz Reuters mit Bundeskanzler Adenauer, Jakob Kaiser und Prof. Erhard läßt darauf schliessen, daß die entscheidende Phase der Neuorientierung der westdeutschen Berlin-Politik gekommen ist. Die Berliner können nicht länger warten. Die industrielle Hilfe kann nicht durch Subventionierung der Berliner Industrie oder im Aushalten der Berliner Bevölkerung durch Westdeutschlands Steueraufkommen gefunden werden. Allein die Neubelebung der Industrie durch entsprechende Kreditinvestitionen und die Erteilung von Produktionsaufträgen nach Berlin können einen vollen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolg von Dauer herbeiführen.

Wesentlich schwieriger wird die Neuordnung des politischen und staatsrechtlichen Status des freien Berlin sein. Es ist der Wunsch des Berliner Magistrats und der Stadtverordneten, das demokratische Berlin als Glied der Bundesregierung zu sehen und auch der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 30. September auf Antrag der SED-Fraktion feierlich erklärt: nach dem Willen des deutschen Volkes soll Gross-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und in Zukunft ihre Hauptstadt sein. Mit diesem Beschluss ist die Rechtslage Berlins im Verhältnis zu Westdeutschland eindeutig, soweit die deutsche Entscheidung wirksam wird. Es ist jetzt Sache der Hohen Kommissare, über die Bitte des Bundestages zu entscheiden. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, durch ihre Vorstellungen die Hohen Kommissare zu dieser Zustimmung zu bewegen. Sollte jedoch der gewünschte staatsrechtliche Anschluß am Einspruch der Hohen Kommissare scheitern, dann - so meinen maßgebliche Politiker der SED - sollten die Bundesorgane Berlin praktisch so behandeln, als ob es zur Bundesrepublik gehöre. Es wird Aufgabe der Hohen Kommissare und der Bundesregierung sein, politische Tatbestände zu setzen, die das Fehlen der staatsrechtlichen Verbindung als einen blossen Formmangel erscheinen lassen. Die führenden Politiker Berlins werden ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wenn die Entscheidung über das Verhältnis der Bundesregierung zur Stadt Berlin fällt. Sie werden nicht gewillt sein, ohne eine klare Entscheidung nach Berlin zurückzukehren.

(fs/1710/2/ha)

"Stalins Name mit Liebe"

sp. Kleine Geschenke, die nach einem bekannten Sprichwort die Freundschaft erhalten, können in unserem Zeitalter auch das Gegenteil bewirken.

Kaum ist in Westdeutschland angeregt worden, dass nach Möglichkeit jeder westdeutsche Haushalt, der es finanziell irgend ermöglichen kann, einmal im Monat ein Päckchen mit Lebensmitteln an eine bestimmte Adresse oder eine Wohlfahrtsorganisation der Ostzone schicken soll - da tönt schon das Echo vom Landesvorstand der SED in Sachsen zurück, dass diese westdeutsche "Aktion der Menschlichkeit" als "demagogische Hetze" anzusehen sei. Und alle Kreissekretäre werden aufgefordert, die Aktion "abzuwehren" und "ein wachsames Auge auf die Empfänger solcher Propagandapakete" zu haben. Das ist die Sprache, die in der Ostzone jedermann versteht.

Gleichzeitig ruft die Kommunistische Partei auf, zum 70. Geburtstag von Stalin "kleine Geschenke" herzustellen und sie an den Parteivorstand in Frankfurt einzusenden, von wo sie geschlossen nach Moskau gesandt werden sollen. Selbstverständlich sind solche Propagandapäckchen über jeden Verdacht erhaben, eine "demagogische Hetze" darzustellen, obwohl im offiziellen Text zur Aufforderung der Satz zu lesen ist: "Wo braune, schwarze und weisse Menschen um ihre Befreiung von Unterdrückung und Rechtlosigkeit kämpfen, wird Stalins Name mit Liebe genannt". In den ostzonalen KZ und in den Gefangenenlagern der Sowjetunion kämpfen weisse Menschen, deutsche Männer und Frauen, seit Jahr und Tag einen vergeblichen Kampf um Befreiung von Unterdrückung und Rechtlosigkeit; ob sie aber den Namen des Mannes, dem sie letztlich diese Unterdrückung und Rechtlosigkeit verdanken, mit Liebe nennen, mag dahingestellt bleiben.

Auch die Menschen in der Ostzone, die sich nun fürchten müssen, ein- oder mehrmals im Monat ein Liebesgabenpäckchen aus den Westzonen zu empfangen, werden den Namen Stalin kaum "mit Liebe" aussprechen. Sie werden vielmehr daran denken, dass seit einiger Zeit Zucker (in dem die Ostzone schwimmen könnte, würde er nicht zum grössten Teil nach Russland verfrachtet!) nur noch in den HO-Läden zum Preise von 7,50 Ostmark für das halbe Kilo erhältlich ist und dass es dafür auf Zuckermar- ken nur Kunsthonig und Marmelade im Verhältnis 2:1 gibt. Dass Anfang Oktober in der Gegend der Goldenen Aue die Menschen in den Städten die ganze Nacht anstanden, um am nächsten Morgen ihre August-Kartoffelmar- ken einzulösen, die meisten leer ausgingen, weil nicht genügend Kartoffeln vorhanden waren, auch daran werden sie denken. In dieser Situation, die jeder Grenzgänger bestätigen kann, soll die Fiktion von einem Reichtum an Lebensmitteln und einer Wohlhabenheit an allen Gegenständen des täglichen Bedarfs künstlich aufrechterhalten werden, indem man die An- nahme von Geschenkpäckchen aus den Westzonen nicht nur für unerwünscht erklärt, sondern sie unter die öffentliche Bespitzelung durch die Funk- tionäre der SED stellt.

(b/B71/1610/1/he)